Plan gegen Kinder- und Jugendarmut



DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt



Liebe Leserinnen und Leser,

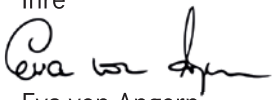
das Thema »Kinder- und Jugendarmut« stellt leider einen entscheidenden Teil unserer parlamentarischen Arbeit dar. Leider, weil es sie im Jahr 2021 eigentlich gar nicht mehr geben dürfte. Und doch sind nach Berechnungen des Deutschen Kinderschutzbundes mehr als 4,4 Millionen Kindern und Jugendliche von Armut betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser enormen Aufgabe fällt es teilweise schwer, überhaupt einen Anfang zur Bekämpfung der Armut zu finden. Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz IV, prekäre Beschäftigung von Alleinerziehenden, die überwiegend Frauen sind, zu hohe bürokratische Hürden bei der Beantragung von Hilfen, fehlende pädagogische Unterstützung von betroffenen Kindern und Jugendlichen, ... die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Aus diesem Grund haben wir diese Broschüre erstellt. Sie soll einen Einblick in parlamentarische Initiativen auf kommunaler, sowie Landes- und Bundesebene geben und Politiker*innen als Hilfestellung dienen, Kinder- und Jugendarmut entgegenzuwirken. Denn Kinderarmut ist kein Naturgesetz. Sie kann durch kluge Maßnahmen bekämpft werden.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür einsetzen, Kindern und Jugendlichen eine armutsfreie Zukunft zu ermöglichen, denn uns ist ihre und unsere Zukunft nicht egal.

Ihre



Eva von Angern & Monika Hohmann

100 Tage-Programm

Maßnahmen auf Landesebene/kommunaler Ebene

- Durchführung eines ersten Kinder- und Familiengipfels. Dieser soll jedoch langfristigen Charakter haben und über die Legislaturperiode hinweg tagen.
- Initiative zur Gründung einer Kinderkommission des Landtages starten.
- Schulsozialarbeitsprojekte flächendeckend umsetzen und langfristig sicher finanzieren.
- Aktive Unterstützung der Schulen bei der Organisation von Nachhilfe über das BuT
- Für 2021/2022 Erstattung hälftiger Kosten bei nachgewiesener privater Nachhilfe
- Angebote kultureller Kooperationsprogramme „Kultur und Schule“ ausbauen.
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten im Bereich Kunst und Kultur. Neben niedrigen finanziellen Hürden, braucht es auch niederschwellige

Angebote im kulturellen Bereich – Stärkung von Vorort-Angeboten (Mikroprojektförderung für Kleinstprojekte etc.).

- Schaffung einer zweiten Clearingstelle im Süden von Sachsen-Anhalt zusätzlich zu der in Magdeburg, um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen (UMA) zu erreichen.

- Geflüchtete mit Kindern sollten generell dezentral untergebracht und den Kindern so schnell wie möglich die Teilnahme am Unterricht in der Regelschule ermöglicht werden. Betreuungsangebote (psychosoziale Dienste, Sprachkurse, Rechtsberatung usw.) sind in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat und dem Landesnetzwerk Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt auszubauen.

- Spielraumnutzende Durchführungsverordnung zum Umgang mit der Ausbildungs-Duldung. Sachsen-Anhalt sollte sich zudem auf Bundesebene für eine Verbesserung der entsprechenden Bundesgesetzgebung einsetzen. Die Ausbildungs-Duldung darf nicht länger so streng gefasst sein, dass sie quasi mit dem letzten Ausbildungstag endet. Junge Geflüchtete brauchen besonderen Schutz über ihre Ausbildung hinaus.

Maßnahmen auf Bundesebene

- Bundesratsinitiative zur Einführung einer Kindergrundsicherung/Teilhabesicherung einbringen.

- Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Anrechnung von Taschengeld und Geld aus Ferienjobs auf Regelsätze von Kindern und Jugendlichen einbringen.

- Bundesratsinitiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ einbringen.



Mittel & langfristige Maßnahmen

Maßnahmen auf Landesebene/kommunaler Ebene

- Einführung eines Kindersozialfonds für Sachsen-Anhalt. Im Dialog mit den Kommunen sollen Projekte, Maßnahmen und Ideen gesammelt werden, die vor Ort den Kampf gegen Kinderarmut unterstützen können. Die Mittel des Fonds werden dann zweckgebunden an die Kommunen ausgereicht.

- Stufenweise Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung. Dies setzt voraus, das Kita-Finanzierungssystem auf die tatsächlichen Personalkosten umzustellen, das gemeindliche Defizit aufzulösen und die Finanzierung auf Landkreisebene zu bündeln.

- Schaffung eines kostenfreien Mittagessens in der Kita für alle Kinder. Die Kosten der Mittagsversorgung werden über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen in die Betriebskosten der Kitas verlagert.

- Wiedereinführung des 10-stündigen Rechtsanspruches in der Kinderbetreuung für alle Kinder.

- Förderprogramm Trinkbrunnen an Schulen und Kitas

- Lehrmittelfreiheit an Schulen (kein Kopiergeld und keine Leihgebühren)

- Ergänzendes Landesprogramm zur Digitalisierung an Schulen/Kitas

- Kostenfreies Mittagessen an Schulen

- Einführung eines landesweiten Feiertages entweder am 1. Juni (Internationaler Kindertag) oder am 20. September (Weltkindertag).

- Einführung eines Armutschecks zur Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen des Landes.

- Prüfung der Einführung einer Kinder-Karte nach dem Beispiel der Forderung der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern (50 Euro monatlich für 6- bis 16-Jährige für Angebote der Bildung, Kultur, Sport, Freizeit).

- Fokussierung der Gesundheitsziele (sowohl im Land als auch im Bund) auf Kinder und Jugendliche, die arm oder von Armut bedroht sind. Schaffung konkreter Maßnahmen zur Untersetzung der Ziele (z.B. Prävention Schwangerschaft und Drogenkonsum, Sprachentwicklung, Sport in Kitas).

- Stärkung und Ausbau der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Benachteiligungen.

- Entwicklung von gezielten Krisenprogrammen in engem Dialog mit den Jugendämtern und Kommunen für Kinder und Jugendliche vor dem Hintergrund der Pandemie.

- Dormagener Modell – Umsetzung in den Kommunen des Landes voranbringen und auf Landesebene Anreize dafür schaffen.

- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Anhebung des Mindestlohns ein. Im Land würde dann noch dazukommen, dass wir einen Vergabemindestlohn von 13 € fordern und dass bei öffentli-

chen Aufträgen Auftragnehmer*innen stärker an soziale Kriterien, wie zum Beispiel die Ausbildung junger Menschen gebunden werden sollen.

- Einführung eines Jugend-Check nach dem Beispiel Thüringen: Eine Überprüfung aller geplanten Gesetze auf die Auswirkungen auf Jugendliche und Kinder.

- Wir brauchen eine umfassende und kontinuierliche Armuts- und Sozialberichtserstattung bei der Staatskanzlei und eine Landesarmutskonferenz, um wieder eine (mediale) Skandalisierung und Bewusstmachung dieses Themas zu erreichen.

- Verbesserung der Wohnsituation für arme oder armutsgefährdete Familien durch bezahlbare Miet- und Strompreise, Schaffung von Schutz- und Entfaltungsräumen für Kinder und Jugendliche, Verhinderung von Ghettoisierung durch soziale Durchmischung der Wohnquartiere.

- Ausbau des ÖPNV, unterstützt durch eine neue Stadt- und Verkehrsplanung, einschließlich sicherer Rad- und Fußwege, um bezahlbare Mobilität insbesondere für benachteiligte Familien zu schaffen. Hier muss insbesondere der ländliche Raum Beachtung finden.

- Kinderrechte in die Landesverfassung: Schon lange setzt sich DIE LINKE dafür ein und wird das auch weiterhin tun. Die Beachtung des Kindeswohlprinzips, das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung, das Recht auf Beteiligung müssen Verfassungsrang bekommen.

- Schaffung von Angeboten der Familienbegegnung und -erholung ohne die Fördervoraussetzung eines Bildungsbezuges. Hier soll, neben den existierenden Maßnahmen, für besonders gefährdete Familien explizit sehr niedrigschwellige Hilfe angeboten werden. Diese Familien sind ggü. herkömmlichen/klassischen Bildungsangeboten



nicht aufgeschlossen bzw. durch diese erreichbar. Der Fokus des sozialen Lernens liegt auf dem Erleben gemeinsamer Zeit.

- Ausbau der Sozialarbeit in Kitas über die schon jetzt vorhandenen Brennpunkt-Kitas hinaus voranbringen.

Maßnahmen auf Bundesebene

- Alleinerziehende: Unterhaltsvorschuss muss bedingungslos allen zur Verfügung stehen. Die Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss und Hartz IV muss abgeschafft werden. Kürzung des Elterngeldes zurücknehmen, keine Anrechnung auf Hartz IV. Alleinerziehende sollen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld bekommen. Betriebe sollen eine Freistellung bei Lohnfortzahlung im Falle einer Notbetreuung der Kinder ermöglichen.

- Um kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche bezahlbar zugänglich zu halten, braucht es die Aufhebung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern im Bereich Kunst und Kultur zugunsten eines Kooperationsgebotes.

- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Anhebung des Mindestlohns ein.

- Initiative zur Unterstützung eines Tarifvertrags für Berufseinsteiger*innen, um Bedingungen und Bezahlungen für diese zu verbessern.

- Schaffung eines elternunabhängigen und vor allem auskömmlichen BaföG, um weniger junge Erwachsene im Niedriglohnbereich und mit geringfügiger Beschäftigung zu haben.

- Nationalen Aktionsplan gegen Kinderarmut auf Bundesebene voranbringen.

- Bundesratsinitiative zur vollständigen Abschaffung der Heranziehung von Kindern und Jugendlichen an den Kosten von stationären Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

V.i.S.d.P.:
Eva von Angern
Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg



DIE LINKE.

Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

www.dielinke-fraktion-lsa.de